Für eilige Leser

am Dienstag morgen.

Der Reichskanzler hielt am Montag im Reichstage eine Rede über die auswärtige Politik, in der er mitteilte, daß unsere Friedensbedingungen im Prinzip von der russischen Regierung angenommen worden und unsere Unterhändler nach Brest-Litowsk abgereist sind.

Vizekanzler v. Payer trat im Reichstage für die Reform des preußischen Wahlrechts ein.

Pernau wurde von unseren Truppen besetzt; ein Eisenbataillon unterstellte sich dort dem deutschen Kommando.

Dorpat wurde von einer Sturmkompagnie und 16 er Husaren genommen; auf dem Weg dorthin wurden 3000 Gefangene gemacht und viele hundert Fahrzeuge erbeutet.

Vortruppen erreichten Shitomir und nahmen dort die Verbindung mit ukrainischen Truppen auf.

In Nowno fiel der gesamte Stab der russischen „besonderen Armee" in die Hand unserer Truppen; der Oberbefehlshaber war geflohen.

Stadt und Festung Nowo-Georgiewsk wurden von deutschen Truppen besetzt, Plozk an besindet sich in unserer Hand.

Unsere Unterseeboote haben auf dem nördlichen Kriegsschauplatze wieder 19 000 Tonnen versenkt.

Die britische Regierung hat sich bereit erklärt, in die von Wilson gewünschte Neuprüfung der Versailler Kriegszielbeschlüsse einzutreten.

Kaiser Wilhelm hat den Fregattenkapitän Berger, dem Kommandanten des Hilfskreuzers „Wolf", den Orden Pour le mérite verliehen.

Dr. Diederich Hahn, der Führer des Bundes der Landwirte, ist in Hamburg im Alter von 59 Jahren gestorben.

Wetteransage der amtl. sächs. Landeswetterwarte: Etwas kälter, sonst keine wesentliche Aenderung.

---

der Regierung in Le Havre, eine dahingehende Anregung kommen sollte, so würden wir uns nicht von vornherein ablehnend verhalten. Selbstverständlich könnten derartige Besprechungen zunächst nur einen unverbindlichen Charakter haben, aber, meine Herren, bis jetzt sieht es nicht danach aus, als ob diese Anregung Aussicht greifbare Gestalt gewinnen würde, und so muß ich einstweilen noch die Methode des Dialoge fortsetzen. Wenn ich mich nun sogleich zu der

Botschaft des amerikanischen Präsidenten

vom 11. d. M. wende, so gebe ich zu, daß man vielleicht in dieser Botschaft eine kleine Annäherung finden kann. In dieser Annahme will ich alle vorausgeschickten Erklärungen übergehen und mich sofort zu den vier Sätzen wenden, in denen die Ausführungen des Präsidenten Wilson gipfeln und von denen er annimmt, daß sie die Grundlagen des allgemeinen Friedens bilden könnten. Der erste dieser Sätze besagt, daß jeder Teil einer endgültigen Vereinbarung im wesentlichen auf der Gerechtigkeit und im bestimmten Falle auf einem solchen Ausgleich aufgebaut sein muß, von dem es am wahrscheinlichsten ist, daß er einen Frieden, der dauernd ist, herbeiführen kann. Wer sollte dem widersprechen? (Sehr richtig!) Der Satz, den der große Kirchenvater Augustinus vor 1½ Jahrtausend ausgesprochen hat: „Justitia fundamentum regnorum!" gilt noch heute. Denn nur der Friede wird Bestand haben, der in allen seinen Teilen von den Grundsätzen der Gerechtigkeit getragen ist. Wilson weiß, daß es bei uns keine Autokratie gibt. Er weiß, daß bei uns Fürsten und Regierungen nur die obersten Organe eines im Staate zusammengefaßten Volksorganismus, die höchsten Organe, aber immerhin nur die Organe des Ganzen sind. Deshalb sind die Entscheidungen, die in ihre Hand gelegt sind, im Interesse des großen Ganzen. Wenn Herr Wilson sagt, daß das

Spiel mit dem Gleichgewicht der Kräfte

für immer diskreditiert sei, so werden wir das nur freudig begrüßen. Das System vom Gleichgewicht der Kräfte war bekanntlich eine englische Erfindung (Sehr richtig!), die nur dann Anwendung fand, wenn eine Kraft auf dem europäischen Kontinent dem englischen Nachbar zu mächtig zu werden drohte. Wir sind also ganz damit einverstanden, wenn dieses System endgültig aufgegeben wird. (Beifall.) Der dritte Satz Wilsons, wonach jede Lösung einer Gebietsfrage, die durch diesen Krieg aufgeworfen wurde, im Interesse und zugunsten der darin wohnenden Bevölkerung und nicht als Teil eines großen Ausgleichs und Kompromisses von in ihren Ansprüchen rivalisierenden Staaten getroffen werden muß, ist doch nur eine weitere Ausführung des zuvor erwähnten Satzes nach einer bestimmten Richtung hin und auch eine Konsequenz aus dem zweiten Satze. Er kann also ohne weiteres in die dazu erteilte Zustimmung mit eingeschlossen werden. Endlich der vierte Satz. Er verlangt, daß alle klar umschriebenen nationalen Ansprüche die weitestgehende Befriedigung finden sollen, die ihnen zuteil werden kann, ohne neue oder die Verewigung alter Elemente von Zwist und Gegnerschaft, die den Frieden Europas und somit der ganzen Welt wahrscheinlich bald wieder stören würden, aufzurechnen. Auch diesem Satz stimme ich grundsätzlich zu.

Ich erkläre also mit dem Präsidenten Wilson, daß ich einverstanden bin, daß die von ihm aufgestellten Sätze die Grundlage einer Vereinbarung über den Weltfrieden bilden können. (Lebhafter Beifall.)

Nur ein Vorbehalt wäre zu machen: Diese vier Grundsätze müßten nicht nur von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten vorgeschlagen sein, sondern sie müßten auch

von allen Staaten und Nationen

tatsächlich vorgeschlagen werden. (Sehr richtig!) Herr Wilson, der dem deutschen Reichskanzler gelegentlich Rückständigkeit vorwirft, scheint in seinen Gedanken der bestehenden Wirklichkeit sehr weit vorausgeeilt zu sein. Von ähnlichen Gesinnungen finde ich bei den Vertretern der Entente, weiß Gott, noch keine Spur. (Sehr richtig!)

Die Kriegsziele Englands,

wie sie in den letzten Reden Lloyd Georges immer wieder zutage getreten sind, sind immer noch rein imperialistischer Natur. Sie verlangen noch immer, daß der Friede Europas nach dem Willen Englands gestaltet werden müsse, und wenn England von einem Selbstbestimmungsrecht der Völker spricht, so denkt es nicht daran, diesen Grundsatz auch auf Irland, Aegypten usw. anzuwenden. (Sehr richtig!)

Unsere Kriegsziele

sind bekanntlich von Anfang an die Verteidigung des Vaterlandes, die Aufrechterhaltung seiner territorialen Integrität, die Erhaltung der Freiheit unserer wirtschaftlichen Entwicklung nach allen Richtungen hin. Das war von Anfang an unser Ziel, und auch unsere Kriegführung ist, wenn sie auch aggressiv vorgehen mußte, in ihren letzten Zielen defensiv gerichtet. Ich betone das in diesem Augenblick mit besonderem Nachdruck, um etwaige Mißverständnisse bezüglich unserer militärischen Operationen im Osten zu beseitigen. Ich betone, daß wir gar nicht daran denken, uns in Livland oder Estland etwa festzusetzen. (Bravo!) Was wir wünschen, ist nur, mit den sich entwickelnden Staatsgebilden demnächst in Frieden und Freundschaft zu leben. (Bravo!) Lediglich auf Wunsch der dortigen Bevölkerung haben wir unsere militärischen Operationen begonnen. Es gilt jetzt, den Völkerschaften dort die Organe der Selbstverwaltung und Selbstbestimmung zu schaffen oder die im Aufbau begriffenen zu unterstützen. Der weiteren Entwicklung sehen wir mit Ruhe entgegen. Aber, meine Herren, die militärischen Operationen, welche wir in friedlicher Absicht unternommen hatten, haben dort einen weit über das ursprünglich gesteckte Ziel hinausgehenden Erfolg davongetragen. Die Herren wissen ja bereits durch die Mitteilung des Herrn Staatssekretärs v. Kühlmann von dem Funkspruch Trotzkys, der demnächst auch schriftliche Bestätigung fand und die Mitteilung brachte, die russischen Delegationen wollten die abgebrochenen Friedensverhandlungen wieder aufnehmen. Unsere Antwort war, daß wir dazu bereit seien. Wir haben die Friedensbedingungen in Form eines Ultimatums dorthin geschickt. Die russischen Delegierten sind auch bereits abgereist.

Unsere Friedensbedingungen sind im Prinzip von der russischen Regierung angenommen.

(Hört! hört! Bravo!). Unsere Delegierten sind gestern abend nach Brest-Litowsk abgereist. Das ist die neue große freudige Mitteilung, die ich Ihnen zu machen in der Lage bin. (Lebhaftes Bravo!) So hat ein altes Wort, ein Wort des Aristoteles, daß wir uns zum Krieg entschließen müßten um des Friedens willen, eine Bestätigung gefunden, glänzender als je zuvor in der Geschichte. Um uns die Früchte des Friedens mit der Ukraine zu sichern, hat unsere Heeresverwaltung nochmals das Schwert gezogen, und der Frieden mit Rußland wird demnächst das glückliche Ergebnis sein. (Beifall.)

Die Friedensverhandlungen mit Rumänien haben am 23. Februar begonnen. Die Verhandlungen sind schwierig, weil wir hier nicht allein stehen, sondern die Pflicht haben, für die berechtigten Interessen unserer treuen Verbündeten, Oesterreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei einzutreten. Hier also werden wir auseinandergehende völkische berechtigte Gegensätze auszugleichen haben. Die Verhandlungen werden nicht so leicht vor sich gehen, und es werden mancherlei Schwierigkeiten überwunden werden müssen. Aber ich gebe mich der Hoffnung hin, daß bei allseitigem guten Willen auch diese Schwierigkeiten ein befriedigendes Ergebnis haben werden.

Von Polen

ein kurzes Wort, und zwar deswegen, weil sich neuerdings die Entente und auch Herr Wilson ganz besonders für Polen zu interessieren scheint. Zu den Schwierigkeiten, die schon vorhanden waren und die auf wirtschaftlichem Gebiet liegen, ist durch den Zusammenbruch des alten Rußland eine neue Schwierigkeit hinzugetreten: die Frage der Abgrenzung des neuen polnischen Staates gegen die benachbarten russischen Gebietsteile. Es ist daher nicht wunderbar, daß das Bekanntwerden des Friedens mit der Ukraine in Polen zuerst sehr große Beunruhigung hervorgerufen hat. Ich darf mich wohl der Hoffnung hingeben, daß auch hier, wenn eingehende Besprechungen über die verschiedenen einschlägigen Interessen gepflogen worden sind, unter billiger Berücksichtigung der völkischen Verhältnisse bei allseitig bekundetem guten Willen sich ein Ausgleich erreichen lassen wird, und schon die ernstlich ausgesprochene Absicht, diesen Ausgleich zu suchen, hat, wie wir mit Befriedigung sehen können, in Polen eine gewisse Beruhigung herbeigeführt. Sie werden aus meinen Darlegungen entnommen haben, daß wir jetzt vor der Aussicht stehen, daß

auf der ganzen Ostfront von der Ostsee bis zum Schwarzen Meere wieder Frieden

herrschen wird. (Beifall.) Die Völker Europas, die alle unter der Last des Krieges seufzen, haben sich in fieberhafter Spannung die Frage vorgelegt, ob wir vielleicht dadurch zum

allgemeinen Weltfrieden

gelangen werden. Aber was aus den Ententeländern zu uns herübertönt, was in England, Frankreich und Italien laut wird, läßt diese Hoffnung als ziemlich gering erscheinen. (Zustimmung.) Im Gegensatz zu unseren Kriegszielen, die, wie ich immer wieder nachdrücklich hervorhebe, rein defensiv gewesen sind, sind die Kriegsziele der Entente noch wie vor aggressiv auf Eroberungen gerichtet. (Sehr richtig!) Die Entente kämpft um die Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich. Ich brauche darüber dem, was früher gesagt ist, nichts hinzuzufügen. (Beifall.)

Es gibt keine elsaß-lothringische Frage!

(Beifall.) Wenn es eine elsaß-lothringische Frage gibt, so ist es lediglich eine deutsche Frage. (Lebhafter Beifall.) Die Entente kämpft um den Erwerb von Landesteilen Oesterreich-Ungarns zugunsten Italiens. In Italien hat man dafür den schönen Namen vom heiligen Egoismus gefunden. Auch der schöne Name kann die annektionistische Absicht nicht verdecken. Die Entente kämpft für die Abtretung türkischer Gebiete, für die Loslösung Syriens und Arabiens vom türkischen Reich. Gerade auf diese türkische Gebiete hat England neuerdings sein Augenwerk gerichtet. England hat plötzlich sein Herz für die Araber entdeckt und erstrebt vielleicht, einen neuen Schutzstaat unter englischer Oberhoheit zu schaffen, der das englische Machtgebiet ganz wesentlich erweitern würde. (Sehr richtig!), und daß die Kolonialziele Englands ausgehen auf Erweiterung, genannt Abrundung des schon ungeheuren Besitzes an Kolonien, zumal in Afrika, das haben die englischen Staatsmänner ja selbst schon wiederholt ausgesprochen, und angesichts dieser

durchaus aggressiven, nur auf Eroberungen gerichteten Politik

wagen es die Staatsmänner der Entente noch immer, von dem imperialistischen, militaristischen und autokratischen Deutschland zu sprechen, das der Störenfried in Europa sei und in die engsten Schranken verwiesen, wenn nicht vernichtet werden müsse. Neuerdings wird da noch ein ganz besonderer Zug in dem System der Hetze, der Lüge und der Verleumdungen, die schon immer gegen Deutschland betrieben wurden, unternommen.

Die Welt sehnt sich nach Frieden.

(Sehr richtig!) Sie hat keinen anderen Wunsch, als daß dies furchtbare Leid des Krieges endlich zu Ende gehen möchte. Aber es scheint nicht, daß dieses Sehnen irgendwie bei der Entente Gehör fände. Noch immer versteht sie es, die Kriegsfurie in ihren Bevölkerungen aufzupeitschen.

Krieg bis zum Aeußersten!

Das war, soviel verlautet ist, auch die Parole, die die Konferenz in Versailles ausgegeben hat, und diese Parole hat wiederum in Reden Lloyd Georges lautes Echo gefunden. (Sehr wahr!) Ich habe zwar auch von anderen Stimmen gehört, die in England laut geworden sind, denn zu der Rede Runcimans hat sich neuerdings eine Rede Lord Milners gesellt, die vielleicht noch versöhnlicher gerichtet war. Wir können nur wünschen, daß diese Stimmen sich mehren, daß die zweifellos auch in den feindlichen Ländern vorhandenen Friedensströmungen sich durchsetzen mögen. Aber dazu ist es die höchste Zeit; denn die Welt steht zurzeit

vor den größten, schicksalsschwersten Entscheidungen.

Entweder die Feinde entschließen sich, der Stimme der Menschlichkeit und Vernunft Gehör zu geben und Frieden zu machen — unter welchen Bedingungen wir zur Verständigung bereit sein würden, wissen sie — oder sie meinen, den verbrecherischen Wahnwitz des Eroberungskrieges noch fortsetzen zu müssen. Dann werden unsere herrlichen Truppen unter ihren genialen Führern weiterkämpfen. Daß und in welchem Umfange wir hierfür gerüstet sind, wissen auch die Feinde zur Genüge, und unser braves, bewunderungswürdiges Volk wird weiter ausharren. Aber das Blut der Gefallenen, die Qual der Verstümmelten und all das Leid und die Not der Völker, sie werden über die Häupter derer kommen, die der Stimme der Menschlichkeit bis zum letzten Augenblick widerstanden haben. (Lebhafter Beifall auf allen Seiten, Händeklatschen auch auf den Tribünen.)

Rede des Vizekanzlers v. Payer.

Wer, wie ich, diesem Hause 30 Jahre lang angehört hat, mitten aus Ihren Reihen heraus in die Mitte der Regierung berufen worden ist, der kann Ihnen nicht wie ein Fremder gegenüberstehen. (Beifall.) Umgekehrt betrachte ich es als einen wichtigen Bestandteil meiner jetzigen verantwortungsreichen Stellung, stets im Hinblick auf diese meine langjährige Tätigkeit im Hause einem vertrauensvollen und reibungslosen Zusammenwirken von Volksvertretern und Regierung die Wege zu ebnen. (Beifall.) Meine Bitte an Sie geht dahin, die Herren wollen, damit dieses System richtig erreicht werden könne, das persönliche Wohlwollen und Vertrauen, dessen ich mich in Ihrer Mitte so viel erfreuen durfte, jetzt auch auf mein jetziges Amt übertragen. Heute, im vierten Jahre des Krieges, kann es für die deutsche innere Politik nur noch einen Gesichtspunkt geben: das ist

die Zusammenfassung aller Kräfte des Reiches,

um durch brüderliche Einigkeit, Arbeit und Opferwilligkeit unserem siegreichen Heere es zu ermöglichen und zu erleichtern, seine schwere Aufgabe zu erfüllen. Zu diesem Zwecke muß alles beseitigt werden, was zwischen den verschiedenen Bevölkerungskreisen heute noch trennend steht. Den Grund zu dieser Politik hat bei Beginn des Krieges, gestützt auf die kaiserlichen Worte vom 4. August 1914, voll großzügigen Vertrauens in das ganze deutsche Volk, der frühere Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg gelegt. Ihm gebührt dafür immer, ich kann das nicht oft genug wiederholen, der Dank des deutschen Volkes. Er und seine Nachfolger sind auf diesen Weg getreten. In der ersten Zeit des Krieges ist das Wort des Kaisers: „Ich kenne keine Parteien mehr!", ist der Burgfriede so gut wie allgemein respektiert worden. Dieser Selbstdisziplin des deutschen Volkes ist es mit zu danken, daß wir damals dem ungestümen und unerwarteten Anprall unserer zahlreichen Feinde standhalten konnten und daß wir heute in gesicherter Stellung die weitere Entwicklung der Dinge abwarten können. Damals hielt der Gedanke, daß

gleichen Pflichten auch gleiche Rechte

entsprechen müssen, seinen Einzug in Deutschland. Bedauerlicherweise, aber verständlicherweise, hat manches Vorkommnis der späteren Jahre in diese Stimmung Bresche gelegt.

Die Verbündeten Regierungen

haben, manchen Gesichtspunkt aufgebend, an dem sie früher lange festgehalten haben, von allem Anfang an nach beiden Richtungen dieser Bewegung Rechnung getragen. Sie sind gewillt, auf diesem Wege weiter zu schreiten. (Beifall.)

Der Redner gab sodann eine Uebersicht über das Arbeitsprogramm des Reichstages und fuhr fort:

Die Ansprüche, die gestellt werden müssen und heute schon gestellt werden, in auch nur annähernd em Umfange zu befriedigen, werden weder die gemeinnützigen Organisationen noch die Gemeinden imstande sein. (Sehr richtig!) Es werden auch sehr ausgiebige staatliche Mittel zu Hilfe genommen werden müssen. Für diese Mittel aufzukommen, ist in erster Linie zweifellos eine Pflicht der Einzelstaaten, nicht des Reiches. Die Reichsleitung verkennt aber nicht, daß die erforderlichen Leistungen mindestens zurzeit und zum Teil weit über die Kräfte der Einzelstaaten hinausgehen, und sie ist bereit, im Interesse der bedürftigen Bevölkerung auch ihrerseits ohne allzu ängstliche Kompetenzprüfung mitzuwirken. Auch die Einzelstaaten sind sich des Gebots der Stunde und des Standes der Dinge bewußt. (Beifall.) Das hervorragendste Beispiel ist die Einbringung eines Gesetzes über die

Aenderung des Wahlrechts zum preußischen Abgeordnetenhause

und zum Herrenhause, eine Abänderung, die von Jahr zu Jahr dringender geworden und dringlicher geheißen wurde und deren Forderung jetzt wieder auf das mächtigste durch das ganze Reich geht. Nichts liegt mir ferner, als die Absicht, mich in die Angelegenheiten des Bundesstaates Preußen einzumischen. (Heiterkeit links, Unruhe rechts.) Es kann sich aber doch niemand der Einsicht verschließen, daß die Frage, ob für das preußische Abgeordnetenhaus ein dem Reichstagswahlrecht gleiches oder ein ihm entgegengesetztes Wahlrecht gelten soll, schon wegen der starken Einwirkung des Staates Preußen auf die Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches, tief in die Verhältnisse des Reiches eingreift. (Lebhaftes Sehr richtig! Lebhafter Beifall links.) Deshalb können politische Erwägungen über diese Frage auch in diesem Hause nicht unterlassen werden, da ja auch die Frage des preußischen Wahlrechts in der Streikbewegung der letzten Wochen, obwohl sich diese keineswegs auf Preußen beschränken sollte oder beschränkt hat, eine sehr wesentliche Rolle gespielt hat. (Sehr richtig!) Die Reichsleitung wird sich schon

aus bundesstaatlicher Rücksicht

in dieser Frage zurückhalten, wenn sie es auch der Lage und der Stimmung im Reiche entsprechend begrüßen würde, wenn die preußische Regierung ihre Absicht verwirklichen und den harten Streit so beenden könnte, wie sie gewillt ist. Nach meiner festen Ueberzeugung besteht die Gewißheit, daß das im Entwurf vorgesehene Wahlrecht für Preußen kommt; es besteht die begründete Hoffnung, daß es auch bald kommt. (Lebhafter Beifall links.) Das weitere Zusammenarbeiten soll in

staatsrechtlichen Neukonstruktionen

und ohne an Schlagworten hängen zu bleiben, dadurch erreicht werden, daß man im Wege der Verständigung durch Aufnahme einzelner, das Vertrauen ihrer Kollegen genießender Parlamentarier aus dem Reichstag und preußischen Landtag in die Reichsregierung und preußische Regierung das gegenseitige Vertrauen zwischen der Regierung und Volksvertretung zu stärken, der gemeinsamen Politik festere Unterlagen zu geben und die Führung der Geschäfte zu erleichtern sucht. Wie dieser Versuch, an dem aktiv und passiv beteiligt zu sein ich die Ehre habe, ausfallen wird, läßt sich selbstverständlich noch nicht übersehen. (Abg. Kreth: Sehr richtig! Heiterkeit rechts.) Die am meisten ins Auge fallende Erscheinung ist der von der äußersten Linken vor einigen Wochen ins Leben gerufene, wenn auch bald wieder zur Ruhe gebrachte

Streik.

Vom Standpunkt der Allgemeinheit aus muß er aufs tiefste beklagt und verurteilt werden. (Sehr richtig!) Es war ein Fehler, daß die sozialdemokratische Partei sich dann ihm wenigstens teilweise angeschlossen hat, wie sie uns erklärt hat, um die Bewegung in Schranken zu halten, um Schlimmeres zu verhüten. Richtig ist, daß sie dadurch die Bewegung, die sich selbst als zweckwidrig und schädlich erachtet hat, gestärkt hat. Der naheliegende Gedanke hat sich aufgedrängt, daß die Möglichkeiten eines Friedens um so weiter von uns abrücken, je mehr die Gegner an tiefgreifende innere Kämpfe bei uns glauben. (Sehr richtig!) Soviel vom Streik. Wer ihn zu verantworten hat, mag das mit seinem Gewissen ausmachen. Aber auch außerhalb der Reihen der Streikenden wird gegen das Gebot des Zusammenhaltens schwer gesündigt, nicht bloß von links, sondern

auch von rechts.

Wie dort von links, so glaubt man hier rechts, dadurch seine Politik kräftig geben zu können, daß man denjenigen, die